

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

3.12.1887 (No. 286)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 3. Dezember.

N^o 286.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 21. November d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem bisherigen Vorsitzenden des Aufsichtsraths am Landesgefängniß Mannheim, Oberhofgerichtsrath a. D. Ferdinand Mays, das Kommandeurkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 29. November d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Revisor Mathias Schacherer bei dem Bezirksamt Karlsruhe das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 28. November d. J. gnädigt geruht, den Ober- und Domänenverwalter Robert Martin in Stodach zum Domänenverwalter in Kehl zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 29. November d. J. gnädigt geruht, den Revisor Mathias Schacherer bei dem Bezirksamt Karlsruhe auf sein unterthänigstes Ansuchen und unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen;

den Revisor Sigmund Schägler bei dem Bezirksamt Lörrach in gleicher Eigenschaft zu dem Bezirksamt Karlsruhe zu versetzen und den Amtsreferenten Gottfried Kraft von Grünfeldhausen zum Revisor bei dem Bezirksamt Tauberbischofsheim zu ernennen.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 22. v. M. ist Folgendes bestimmt:

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112: Dr. Hündorf, Stabs- und Bataillonsarzt vom 1. Bataillon des Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 78, zum 4. Bataillon obigen Regiments.

Dr. Kirchner, Stabs- und Bataillonsarzt vom 4. Bataillon obigen Regiments, zum 1. Bataillon des Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 78 — versetzt.

1. Bataillon (Freiburg) 5. Badisches Landwehr-Regiments Nr. 113:

Paulsen und Dr. Küffens, Unterärzte der Reserve, zu Assistenzärzten 2. Klasse der Reserve befördert.

2. Bataillon (Lörrach) 5. Badisches Landwehr-Regiments Nr. 113:

Dr. Schelb, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve befördert.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Dezember.

Unser badisches Volk feiert morgen in treuer Anhänglichkeit an das Großherzogliche Haus und in ehrfürchtvoller Liebe zu der erlauchten Fürstin dieses Landes den Geburtstag Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin. Die Segenswünsche, welche es der erhabenen Frau darbringt, entspringen dankerfüllten Herzen; sieht unser Volk doch überall die Wirkungen der unausgesetzten landesmütterlichen Fürsorge, die reichen Früchte der menschenfreundlichen Bestrebungen Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin. Leider fällt auf die Feier dieses Tages ein trüber Schatten durch die Krankheit des uns Allen theuren Mannes, der, wie der Großherzog in der Ansprache zur Eröffnung der Ständerversammlung hervorhob, dem Großherzoglichen Hause „durch innige Bande des Blutes, der Liebe und Freundschaft zugethan ist“. Aber wenn Seine Königliche Hoheit der Großherzogin in jener Ansprache die Ueberzeugung ausdrückte, daß sein Volk die bangeren Sorgen mit ihm theile, so bewährt sich die innige Gemeinschaft zwischen dem Fürstenhause und den Unterthanen Badens in diesen Tagen einer schweren Prüfung besonders lebhaft. Die badische Volksvertretung hat sich in den Dienst der allgemeinen Empfindung gestellt, indem sie in der gestern beschlossenen Adresse an Seine Königliche Hoheit der Großherzogin mit Worten der innigsten Theilnahme des Deutschen Kronprinzen gedachte. Und wir sind sicher, einem alle Schichten der Bevölkerung tief bewegenden Gefühl Ausdruck zu geben, wenn wir den ersten Wunsch zum Geburtsfeste der erlauchten Landesfürstin dahin zusammenfassen, daß mit Gottes Hilfe von dem Großherzoglichen Hause die schwerste Sorge, die es bedrückt, genommen werde. Aber auch für die hohe Frau selbst und für ihr Wohlergehen bringt das Volk Badens seine heißen Segenswünsche dar; alle unsere Herzen begegnen sich in dem Wunsche: Gott schütze und segne die erhabene Fürstin auf Badens Throne und erhalte sie lange zum Wohl ihres Volkes!

Ein gestern Abend eingetroffenes Telegramm hat den Refern bereits Kenntniß von der neuen Wendung ge-

geben, welche in der Entwicklung der französischen Präsidentschaftskrisis eingetreten war. Herr Grevy zögerte, seine Entlassung den Kammern anzuzeigen. Um dieses Zögern zu begreifen, muß man sich der Worte erinnern, welche der Präsident am 24. November in der Unterredung mit Maret, in welcher er seinen Rücktrittschluß ankündigte, sagte. Herr Grevy erklärte mit bestimmter Miene, daß er innere und auswärtige Entwicklungen, in denen die Republik untergehen könne, voraussehe. Und die letzten Vorgänge zeigen eine Verwirrung und Uneinigkeit in dem republikanischen Lager, welche diese pessimistische Auffassung nur rechtfertigen kann. Es ist daher wohl verständlich, daß Herr Grevy, wenn sein Rücktritt schon unvermeidlich ist, wenigstens den Termin desselben so weit hinauszuschieben suchte, bis die Meinungen der republikanischen Parteien sich einigermaßen geklärt hätten. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Entschlusse, mit seiner Demissionsbotschaft noch zurückzuhalten, gaben Herrn Grevy die Vorstellungen mehrerer Radikalen, welche eine Fortdauer des Regimes Grevy einer Präsidentschaft Ferry vorziehen. Daß die Präsidentschaftskrisis noch abgemindert werden oder sich wesentlich verlängern könnte, muß indessen wohl als unwahrscheinlich gelten. Wie uns aus Paris gemeldet wird, sprechen die dortigen Blätter fast übereinstimmend die Ansicht aus, die Demission Grevy's werde sich nicht weiter aufschieben lassen.

Der „Standard“ veröffentlicht heute eine Mittheilung, welche geeignet ist, in die vielerörterte Angelegenheit einer Verdächtigung der deutschen Orientpolitik beim Jaren einiges Licht zu bringen. Es liegt uns folgende telegraphische Mittheilung darüber aus London vor: „Der Standard“ erfährt betreffs der jüngsten Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung“, daß der Prinz von Koburg, ehe er nach Bulgarien ging, sich als letzte Hilfsquelle an den Jaren wandte, seine lebhafteste Mißbilligung über die vom Fürsten Alexander eingeschlagene Politik ausdrückte und die zwischen Rußland und Bulgarien bestehende Entfremdung beklagte, weil Bulgarien seine Existenz nur Rußland verdanke. Er sei entschlossen, alle Irrthümer der Vergangenheit wieder gut zu machen und das alte Loyalitätsgefühl wieder herzustellen. Es sei guter Grund für die Annahme vorhanden, daß einige Freunde des Prinzen von Koburg, um demselben Wohlwollen beim Jaren zu sichern, so weit gingen, der russischen Reichskanzlei Dokumente vorzulegen, welche Ermunterungen von Seiten des Fürsten Bismarck, sowie Versprechungen hinsichtlich schweigernder Unterstützung durch Deutschland enthielten, wenn der Prinz von Koburg fortjähre, seine Politik den Erklärungen des Grafen Kalnoth betreffs der freien unabhängigen Entwicklung der Balkanstaaten unter Ausschließung des vorwiegenden fremden Einflusses anzupassen. Die angeblichen Dokumente standen in thatsächlichem Widerspruch mit den in Petersburg abgegebenen amtlichen Erklärungen.“ Weitere Aufklärungen in der wichtigen Angelegenheit dürften wohl nicht auf sich warten lassen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dezember.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung theilte der Präsident des Reichstags heute mit, daß der Abgeordnete für den 13. badischen Wahlbezirk, Frhr. v. Ravensburg, sein Mandat niedergelegt habe. Zur Beratung steht die Getreidezollvorlage, welche durch den Landwirtschaftsminister Dr. Lucius begründet wird. Der Minister beginnt mit der Darstellung der landwirtschaftlichen Zölle, wie sich dieselben im Laufe der Jahre gestaltet haben, und gibt einen allgemeinen Ueberblick über die Lage der Landwirtschaft. Die Einführung der Zölle führte zu sehr wichtigen Vorteilen für die Finanzen. Alle Zölle seit 1881 seien überhaupt erheblich gestiegen, die Wirkung der Getreidezölle werde sich auf die Erhöhung des inländischen Preises nur langsam erstrecken. Der Minister gibt eine Uebersicht der Getreidepreise seit einer Reihe von Jahren. Eine Wirkung der Getreidezölle, die den Konsumenten schädlich, sei bisher nicht eingetreten; der Umstand, daß die inländischen Preise in den letzten Jahren höher als die ausländischen Preise in Deutschland waren, habe naturgemäß dazu geführt, daß der Import ein stärkerer, der Export ein geringerer gewesen. Die landwirtschaftlichen Verwaltungen in den Einzelstaaten haben ihr Augenmerk darauf zu richten, daß der Anbau wächst, um den inländischen Bedarf stets zu decken; durch Zölle sei bisher allerdings eine Steigerung der inländischen Preise erfolgt, aber im Detailverthe seien die Preise sogar heruntergegangen. Die Differenz der inländischen Preise gegen die Londoner betrage noch nicht ein Drittel des Betrags unserer Zölle. Die landwirtschaftlichen Gewerbe zu schützen sei durch bisherige Höhe derselben nicht erreicht, die Zölle seien aber auch als notwendiges finanzielles Ausgleichsmittel für die Landwirtschaft geboten, da die Produktionskosten gestiegen, die landwirtschaftlichen Produkte aber im Werte gesunken seien; die ländliche Bevölkerung sei in den letzten Jahren immer mehr verschuldet; die Pachtwirtschaften seien recht unglückliche, in den letzten Jahren seien die Domänen mit Minus verpachtet worden.

Dr. Reichensperger trat gegen die Vorlage auf, indem er namentlich auf den Unterschied in den landwirtschaftlichen Verhältnissen im Nordosten und Südwesten Deutschlands hinwies, woraus sich eine verschiedene Wirkung der Zölle ergebe.

v. Dellbörff erklärt, daß im Interesse der gesammten Landwirtschaft, nicht bloß einzelner Theile derselben, eine Erhöhung der Getreidezölle notwendig sei, daß sie eine Lebensfrage für die gesammte landwirtschaftliche Bevölkerung bedeute. Eine Umfrage in den Kreisen der kleineren Landwirthe und der mit denselben in Verbindung stehenden Handwerker und Arbeiter würde die Richtigkeit seiner Behauptung ergeben.

Die Mehrheit der nationalliberalen Partei ließ durch den Mund des Abg. Geibel mittheilen, daß sie nicht nur gegen die Vorlage, sondern gegen jede Erhöhung der Getreidezölle stimmen werde. Herr Geibel beklagte sich unter Hinweis auf den Getreidehandel darüber, daß die Vorlage nicht früher eingebracht sei, und versuchte im Uebrigen darzutun, daß die Landwirtschaft sich auch ohne Zölle, vornehmlich durch Einschränkung ihrer Ausgaben, helfen könne.

Dies beirrit der Abg. Geiser (Reichspartei), der u. A. auch darauf aufmerksam machte, daß mit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle nicht allein eine Erhöhung der Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter unumgänglich verknüpft sei, sondern auch die industriellen Arbeiter eine Begünstigung infolgedessen erfahren, als mit einer Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter der Zubrang der letzteren nach den Städten und damit die Konkurrenz auf dem industriellen Arbeitsmarkt sich verringern werde. Er könne ja nicht verkennen, daß mit der Einführung der erhöhten Getreidezölle die Einnahmen der Börse und des Großhandels eine Einbuße erleiden werden, aber das sei vom nationalen Standpunkt nicht so bedauerlich, wie die unglückliche Lage, in welcher sich die Landwirtschaft befinde. Seine Freunde und er seien deshalb der Regierungsvorlage sympathisch gegenüber, wünschten aber, daß dieselbe vor der Entscheidung der Prüfung in einer Kommission von 28 Mitgliedern unterworfen werde.

Nachdem noch der Abg. Lorenzen den deutschfreisinnigen Standpunkt in der Zollfrage dargelegt hatte, wurde die Beratung auf morgen 11 Uhr vertagt.

Deutschland.

Berlin, 1. Dez. Seine Majestät der Kaiser erledigte während der gestrigen Nachmittags- und auch während der Abendstunden Regierungsangelegenheiten. Im Laufe des heutigen Vormittags hörte Allerhöchstdieselbe zunächst den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Verponcher, hatte eine Konferenz mit dem Kriegsminister Generalleutnant Bronsart von Schellendorff und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll. Nachmittags 1 Uhr empfing Seine Majestät der Kaiser den Besuch Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Ludwig von Bayern, hatte darauf später auch noch eine Besprechung mit dem Geheimen Hofrath Vork und unternahm hierauf eine Spazierfahrt.

Ihre Majestät die Kaiserin empfing gestern den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm, sowie des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen. Die anderen zur Zeit hier und in Potsdam weilenden hohen Herrschaften hatten die Ehre, heute Nachmittag von Ihrer Majestät der Kaiserin um 1 Uhr im königlichen Palais empfangen zu werden.

Seine Königliche Hoheit der Prinz Ludwig von Bayern traf heute Früh 7 Uhr 45 Min. hier ein. Auf dem Bahnhof wurde der Prinz von dem Prinzen Wilhelm begrüßt und hierauf nach dem königlichen Schlosse begleitet. Nachmittags halb 1 Uhr wurde Prinz Ludwig von den Kaiserlichen Majestäten empfangen. Abends um 6 Uhr reisten der Prinz Wilhelm von Preußen und Prinz Ludwig von Bayern nach Leglingen zur Jagd ab.

Aus San Memo wird berichtet, daß heute Mittag das deutsche Geschwader vorbeipassirte und Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen durch 21 Kanonenschüsse salutirte. Der Kronprinz sah von Balkon der Villa aus der Vorüberfahrt der Schiffe zu.

Den Stadtverordneten ging ein Antwortschreiben Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin auf die Höchstderjeden gefandte Geburtstags-Glückwunschsadresse zu. Die Kronprinzessin dankt für den Ausdruck herzlichen Antheils an der schweren Prüfung, die Gott ihr und dem ganzen Vaterlande durch die Krankheit des Kronprinzen auferlegt, und schließt mit dem Wunsche, daß in dieser schweren Zeit des Himmels Segen auf der Hauptstadt und dem ganzen Vaterlande ruhen möge.

Der Bundesrath nahm in seiner heutigen Plenar-sitzung den Anschufsantrag, betreffend die Eingaben über die Ausführung des Branntweinsteuergesetzes, an und stimmte dem Gesetzentwurf über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen zu.

Wie dem „Merseburger Kreisblatt“ mitgetheilt wird, wäre der Regierungspräsident von Webell-Piesdorf, der Präsident des Reichstags, dazu ansersehen, den gegenwärtigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Wolff, bei dessen bevorstehendem Rücktritt zu ersetzen. Eine anderweitige Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Graf Behr, v. Bennigsen und Dellbörff haben einen Antrag auf Einführung fünfjähriger Legislaturperioden beim Reichstag eingebracht.

Das preussische Staatsministerium ist heute zu einer Sitzung versammelt gewesen.

Aus Sanjibar wird berichtet, daß die dem Oberrichter Mahomed Benjoli gehörige, eine Stunde von der Stadt Sanjibar günstig am Meere gelegene Plantage Ribuni durch Ankauf in den Besitz der Deutsch-Ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft übergegangen ist.

München, 1. Dez. Von der Abgeordneten-Kammer ist das Gesetz betreffs vorläufiger Steuererhebung für das erste Vierteljahr einstimmig angenommen worden, da keine Aussicht besteht, daß das Budget im laufenden Jahre noch festgesetzt werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Dez. Seine Majestät der Kaiser ist heute früh aus Gödöllö hierhergekommen und stattete dem König von Dänemark einen Besuch ab, welchen der König alsbald erwiderte. Der deutsche Botschafter Prinz Reuß ist heute früh auf seinen hiesigen Posten zurückgekehrt. Von der „Polit. Korresp.“ wird bestätigt, daß die Unterzeichnung des Oesterreichisch-italienischen Handelsvertrages, falls nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten einen Aufschub herbeiführen, in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. Der Unterrichtsminister verbot auf Grund einer kaiserlichen Entscheidung die gleichzeitige Ausübung des Lehramts und des Abgeordnetenmandats. Die sieben Reichsrathsabgeordneten, welche Mittelschulprofessoren sind, sollen für die sechsjährige Wahlzeit mit vollem Gehalt beurlaubt werden.

Die Kavallerie des Oesterreichisch-ungarischen Heeres soll demnächst in der Weise vermehrt werden, daß jedes Reiterregiment einen Zuwachs von 25 Pferden erhält, was einer Gesamtzahl von 1025 Pferden gleichkommt. Diese Pferde sollen alljährlich auf einige Monate an die Landwirthe abgegeben werden, um die Kosten zu ermäßigen, wie dies bei der Honvedreiterei bereits eingeführt ist. Oesterreich-Ungarn besitzt im Ganzen 41 Reiterregimenter, jedes zu sechs Schwadronen, und zwar 14 Regimenter Dragoner (Deutsche und Czechen), 11 Regimenter Ulanen (Galizier und Kroaten) und 16 Regimenter Husaren (Ungarn und Siebenbürgen). Eine Vermehrung dieser Regimenter ist nicht beabsichtigt, wogegen die Delegationen für die Mehrereinstellung von Pferden die erforderlichen Mittel bewilligt haben. Die „Wiener Abendpost“ erinnert anlässlich des am 2. Dezember nächsten Jahres bevorstehenden Regierungsjubiläums des Kaisers an die unvergeßliche Feier des 25. Geburtstages seiner Thronbesteigung durch segensreich wirkend auch die Vollenkung des vierzigsten Regierungsjahres zu feiern, würde den Wünschen des Kaisers gewiß vor Allen entsprechen. Die von zahlreichen und großen Kreisen in loyaler, patriotischer Gesinnung getroffenen Vorbereitungen, um namentlich die Fortschritte von Kunst und Industrie, Wissenschaft und Bodenkultur während dieses bedeutungsvollen Zeitabschnittes darzulegen, anlangend, so werde der Kaiser diese Darlegung geistiger und materieller Erstarkung, Kraft und Blüthe der Monarchie mit Befriedigung und lebhafter Theilnahme begleiten. Den Gedentag selbst aber wünscht der Kaiser nicht zum Anlaß feierlicher Begehung zu nehmen, überzeugt von der stets bewährten Anhänglichkeit seiner treuen Völker und von der Festigkeit des Bundes, welches zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes Fürst und Volk so innig verbindet.

Frankreich.

Paris, 1. Dez. Die Nachricht, daß der Präsident der Republik seinen Entschluß bezüglich der Demission geändert und seine Abschiedsbotschaft den Kammern nicht habe zugehen lassen, rief große Aufregung in der Stadt hervor. Vor der Kammer drängte sich eine zahlreiche, lebhaft erregte Menschenmenge; die Eingänge waren durch Militär geschützt. Im Senat zeigte der Marineminister, in der Deputirtenkammer der Ministerpräsident Rouvier die veränderte Situation und die erneute Demission des Ministeriums an. Der Marineminister gab folgende Erklärung, mit der Rouviers Mittheilung dem Sinne nach übereinstimmte: „Die Regierung hatte den Kammern angezeigt, daß sie darauf rechnete, heute eine Mittheilung machen zu können. Der Präsident der Republik hatte uns nämlich von seiner Absicht, der Kammer heute eine Botschaft zugehen zu lassen, in Kenntniß gesetzt. Inzwischen hat der Präsident seinen Entschluß geändert, und uns mit keiner Botschaft betraut. Unter diesen Umständen sieht sich das Kabinett, welches nur deshalb sein Entlassungsgesuch zurückgenommen hat, um es dem Präsidenten der Republik zu ermöglichen, in verfassungsmäßiger Weise seine Mittheilung an die Kammern gelangen zu lassen, heute nicht mehr in derselben Lage wie gestern. Es hat demgemäß von neuem seine Entlassung genommen.“ Gegen 3 Uhr hielt Droulede an die Menge vor dem Kammerpalast eine Ansprache, die mit Hochrufen auf Grevy und Boulanger schloß. Andererseits ertönten die Rufe „Nieder mit Ferry! Grevy hoch!“ Schließlich zerstreute die Polizei die Kundgeber und verhaftete Droulede, als er der Polizei den Gehorsam verweigerte. Droulede ließ sich zwar nach der Polizeiwache führen, protestirte aber gegen die Verhaftung mit dem Bemerkens, die Polizei habe kein Recht, ihn zu verhaften. Es sei ein konstitutioneller, legaler Ruf, den er ausgestoßen habe. Droulede wurde eine Stunde später in Freiheit gesetzt und begab sich alsbald in das Redaktionslokal des „Intransigeant“, um den Protest gegen seine Verhaftung zu entwerfen. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Deputirtenkammer, die sich ebenso wie der Senat nach der ministeriellen Erklärung vertagt hatte, erklärte Rouvier, er habe eine Unterredung mit Grevy gehabt und dieser habe versichert, er beabsichtige keinen Konflikt mit dem Parlament, er (Grevy) werde seinen Entschluß

der Kammer morgen durch eine Botschaft mittheilen; das Kabinett führe inzwischen die Geschäfte fort. Die Kammer vertagte sich darauf bis morgen Nachmittag 2 Uhr. Man glaubt, der Kongress werde am Samstag zusammengetreten. Die Plenarversammlung der Republikaner bleibt auf denjenigen Vormittag einberufen, an welchem der Zusammentritt des Kongresses in Versailles festgesetzt wird.

Der „Temps“ erhebt im Namen der Achtung vor dem Gesez und der republikanischen Würde energischen Einspruch gegen die Umtriebe und Drohungen, durch die man das Parlament einzuschüchtern und die Freiheit seiner Entschlüsse zu gefährden droht. Freilich mache die tiefe Rube des ganzen Landes alle diese revolutionären Kundgebungen barlos, indem sie dieselben als die oberflächliche, vereinzelte Wühlerei einiger Wirröpfe erscheinen lasse, die sich nicht machen wollen und im Namen der öffentlichen Meinung sprechen, von der sie wenig geachtet werden. Die Androhung von Aufständen seitens gewisser Zeitungen für den Fall der Wahl dieses oder jenes Kandidaten als Präsident der Republik ist ebensovienig ernst zu nehmen wie jene Vorhersagungen eines allgemeinen Aufstandes seitens derselben Blätter für den Fall, daß General Boulanger aufhöre, Kriegsminister zu sein. Nachher habe auf die Pariser Bevölkerung nicht mehr den Einfluß, dessen er sich rühme. Besonders scharf rügt der „Temps“ das Eingreifen Droulede's und bemerkt, die Patriotiklaue, deren einziger Zweck gewesen sei, Frankreich nach außen zu härten, schwäche und ruiniere es im Innern. Diese Einmischung sei außerdem eine gerechtfertigte Empörung der parlamentarischen Würde. Wenn man diesem Treiben nicht entgegengetre, so werde es sich wiederholen, wenn es sich um ein neues Ministerium oder um eine Abstimmung über ein Gesetz handle.

Italien.

Rom, 30. Nov. Mit Ausnahme etwa des kleinen Häufleins der Radikalen gibt es in der italienischen Kammer er, seitdem das Einigungswort Italiens vollendet ist, gar keine Parteienunterschiede, keine Theilung in Liberale und Konservative, wie sie in anderen Parlamenten besteht, denn es gibt auf der Rechten mehrere der hervorragenden Deputirten, welche liberaler sind, als die liberalsten Anhänger der Linken, und umgekehrt sitzen auf der linken Seite des Hauses vielleicht mehr acht konservative Deputirte, als auf der rechten. Eine Zweitheilung der Kammer in zwei sich diametral gegenüberstehende große Parteien könnte bloß nach dem Eintritte besonders wichtiger politischer Ereignisse, wie z. B. bei ersten Unterhandlungen betreffs der definitiven Regelung des Verhältnisses zwischen der nationalen Monarchie und dem Papstthum oder dann geschehen, wenn die liberale Partei sich an dem politischen oder parlamentarischen Leben beteiligen und in's Parlament eintreten würde. Bis dahin kann ein entschiedener Parteienunterschied, eine Theilung der Kammer in Liberale und Konservative, in Rechte und Linke nicht erfolgen und die bestehenden Parteienunterschiede werden bloß das Resultat zufälliger Vorurtheile oder persönlicher Sympathie oder Antipathie sein. Mit der von der sogenannten historischen Linken angestrebten Zweitheilung der Kammer in Rechte und Linke hat es daher noch immer Zeit und Weile.

Spanien.

Madrid, 2. Dez. (Tel.) Die gestern zur Eröffnung der Cortes verlesene Thronrede konstatiert, daß der innere Friede gesichert und die äußeren Beziehungen Spaniens herrliche seien. Der Sultan von Marokko spudte eine neue Konferenz zur Prüfung der Konvention von 1860 nach. Die Thronrede sagt ferner, die spanische Flagge werde in den Kolonien überall behauptet werden.

Großbritannien.

London, 2. Dez. (Tel.) Bei der gestrigen Parlamentswahl in Dulwich (Londoner Stadtviertel) wurde an Stelle des Konservativen Howard der Konservative Maple mit 4,621 Stimmen gegen den Gladstonianer Henderson gewählt, der 2,609 Stimmen erhielt. Die jetzige konservative Majorität war nur um wenig gezeigert als früher. Wie gestern schon erwähnt, hat die hier tagende Konferenz über die Juckerprämien auf den von mehreren auswärtigen Delegirten unterzeichneten Wunsch der englischen Delegirten eine Kommission einzusetzen beschlossen, deren 5 Mitglieder die Beratung und Berichterstattung über die Frage der Raffinerie des in Lagern ruhenden Zuckers übernehmen sollen. Die Kommission besteht aus englischen, Oesterreichischen, französischen, deutschen und belgischen Delegirten. Der Delegirte Küstlein führt den Vorsitz.

Das Dezemberheft der „Fortnightly Review“ veröffentlicht aus der Feder Sir Charles Dille's einen Artikel über die englische Armee. Der Verfasser bringt darin fast durchweg pessimistische Anschauungen zum Ausdruck. Zuoberst klagt er über die Ungünstigkeit der Armee. Anstatt der in Aussicht gestellten zwei Armeecorps nahmen an der Jubiläumssrevue in Aldershot im Ganzen nur gegen 20,000 Mann regulärer Truppen mit etwa 100 Geschützen theil, eine Truppenmacht, die sich unter der Friedensstärke eines französischen oder deutschen Armeecorps bewege. Mit der Mobilisirungsfähigkeit sei es ebenfalls schlecht bestellt. England brauche einen vollen Monat, um das für die Okkupation von Egypten erforderliche Armeecorps zu mobilisiren, während Deutschland beim Ausbruch des französischen Krieges im Jahre 1870 binnen 15 Tagen 450,000 Mann an der französischen Grenze in Linie stellte. Der Eisen, mit welchem die Russen den Bau von Eisenbahnen in Centralasien betreiben, scheint Sir Charles Dille sehr zu beunruhigen, und er ruft mit Demosthenes seinen Landsleuten zu: „Bildest ihr euch nur für einen Augenblick ein, daß diese Russen England und gegen uns gerichtet sind?“ Einen Krieg zwischen England und Rußland hält er für unvermeidlich. „Der höchstkommandirende in Indien,“ schreibt er, „spöttelt über die Meinung jener Publizisten, welche meinen, daß Indien ohne thätige Offensivoperationen verteidigt werden könne. Er scheint mit mir übereinstimmend betreffs der Unmöglichkeit, Rußland im Kaukasus oder über Kleinasien, oder Persien, oder, wie gewisse englische Strategen vorgeschlagen haben, von der Dnieper aus anzugreifen. Ich glaube indes, daß er in einem ähnlichen Punkt auch anderer Ansicht ist, als

ich, und geneigt ist, einen ersten Angriff auf Rußland an der Küste des Stillen Ozeans für thatsächlich unmöglich zu halten. Unter diesen Umständen sind, wenn ich Unrecht habe, zu glauben, wie ich dies thue, daß Rußland sich in Wladivostok verborgen könnte, Offensivoperationen nur in der Richtung von Centralasien möglich, und diese Operationen würden äußerst kostspielig und schwierig sein. Jene, welche Sir Frederic Roberts kennen, werden ihn nicht für einen Alarmisten halten, aber es ist ziemlich klar seine Ueberzeugung, daß ein Krieg zwischen England und Rußland um den Besitz Indiens unvermeidlich ist, auf Grund des russischen Entschlusses, vorzudringen.“

Rußland.

St. Petersburg, 1. Dez. Nach einem Telegramm der „Neuesten Nachrichten“ dürfte der ehemalige Finanzminister Uza der Nachfolger Wychnegradsky's sein, dessen Rücktritt als bevorstehend gemeldet wird.

Aus Petersburg wird vom 27. Novbr. geschrieben: Vergestern zeigten sich hier und da Flaggen in den Hauptstraßen von St. Petersburg, und schnell verwehten sich dieselben, obwohl viele Hausbesitzer keine Ahnung hatten, welchem Ereigniß zu Ehren sie flaggen. Bald verbreitete sich dann das Gerücht, daß das Kaiserpaar zur Beerdigung des Geburtstages der Kaiserin zum erstenmale nach der Rückkehr aus dem Auslande die Hauptstadt betreten und dort übernachten werde. Die ganze Polizei war aufgeboten und die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln waren getroffen worden. Der Kaiser begab sich geradezu vom Warschauer Bahnhof nach der Festungsstraße und weilte dort einige Minuten im Gebet an dem Grabe seines Vaters. Am folgenden Tage wurde dann der Geburtstag der Kaiserin im Anitschkowpalais am Newskiprospelt in der gewöhnlichen Weise begangen; die höheren Generale und Würdenträger wie die Damen der ersten Rangklassen stellten ihre Glückwünsche persönlich ab. Der Zar wählte den Geburtstag seiner Gemahlin, um das kriegsgerichtliche Urtheil gegen jene achtzehn, der Theilnahme an nihilistischen Umtrieben beschuldigten jungen Offiziere zwar zu betätigen, jedoch auch bedeutend zu mildern; fast alle Angeklagten kommen mit der einfachen Degradation zum Gemeinen fort und werden in Truppenheile an den äußersten Grenzen des asiatischen Rußlands eingestellt werden. (Das Nähere über jenes kriegsgerichtliche Urtheil ist seinerzeit in diesem Blatt berichtet worden.)

Bulgarien.

Sofia, 1. Dez. Die „Polit. Korresp.“ meldet, daß diplomatische Corps habe beschloffen, der Prinzessin Clementine Besuche abzustatten.

Türkei.

Konstantinopel, 30. Nov. Die von der Pforte vorgeschlagenen Aenderungen der Suezkanal-Konvention sind von geringer Bedeutung und mehr die Form betreffend. Die hauptsächlichste Modifikation besteht darin, daß die Pforte den Vorbehalt für den türkischen, nicht für den ältesten Konsul in Anspruch nimmt.

Amerika.

New-York, 30. Nov. Dem wegen Bestechung einer größeren Anzahl von New-Yorker Stadtrathsmitgliedern in der bekannten Broadway-Eisenbahnangelegenheit angeklagten Anwalt Sherry ist auf Antrag seines Verteidigers vom Obergericht ein neuer Prozeß bewilligt worden.

Zeitungsstimmen.

Die „Post“ stellt im Hinblick auf den in der Thronrede angeführten Gesetzentwurf, welcher Landwehr und Landsturm betrifft, Betrachtungen an, wo sich der Hebel ansetzen lasse, um diesen Theilen unserer Heeresmacht eine Kräftigung zu verschaffen, und führt dabei aus: „Die Verfassung des Deutschen Reichs weist der Landwehr im Kriege die Aufgabe zu, das stehende Heer zu unterstützen und zu verstärken. In wie weit sich dies auf die Feldarmee zu beziehen hat, darüber ertheilt die Felddienstordnung von 1887 Aufschluß. Nach der Ordre de Bataille besteht die Feldarmee aus Armeen, die Armeen aus Armeecorps, Kavalleriedivisionen und Reservebataillonen.“ Von den letztgenannten heißt es anderer Stelle, daß sie im Allgemeinen wie Infanteriedivisionen zusammengesetzt sind. Damit ist die Landwehr in künftigen Kriegen als organischer Theil in die operativen Armeen aufgenommen, nicht mehr, wie es 1870 gewesen, zu einer Verwendung von Fall zu Fall aufgespart. Daß die Reservebataillonen den Armeen unmittelbar unterstehen, nicht erst noch zu den höheren Verbänden von Armeecorps verknüpft sind, ist bedeutungsvoll. Es beweist, daß ihrer Spezialaufgaben haben, die jene Verbände nicht erheischen; dies schließt aber ihre Verwendung in der rangierten Feldschlacht, und zwar von vorn herein nicht aus. Eine gewisse Vorbereitung der Formation im Frieden ist von großer Wichtigkeit, wenigstens die Erziehung höherer Stäbe, wovon bereits ein Anfang vorliegt. Wie weit diese Vorbereitung durchzuführen ist, erscheint lediglich als Geldfrage. Friedensaufgaben lassen sich für die Beteiligten genugsam finden. Dem weniger Unterrichteten sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die jetzigen Landwehrbezirkskommandos bei der Mobilmachung als solche bestehen bleiben, und keineswegs Bataillonstämme der Landwehr vorstellen. Unser jetziger Landsturm ist gegenüber der analogen Einrichtung anderer Staaten in der Entwicklung zurückgeblieben. Er steht völlig in der Luft. Das erste Bedürfniß wäre eine Aussonderung der wirklich Obedienten, sei es in Linie und Landwehr, sei es in Ersatzreserve, und zwar auch nur der längeren Jahrgänge zu einem ersten Aufgebot. Legt man auf die noch nicht ins militärische Alter getretenen jungen Leute (vom 17. bis 20. Lebensjahr), sowie auf das, was im Alter von 20 bis 32 Lebensjahren noch neben der Ersatzreserve zweiter Klasse herläuft, Werth, so möge man diese Elemente mit den älteren Obedienten Landsturmpflichtigen zu einem zweiten Aufgebot zusammenwerfen. Für das erste Aufgebot ist eine Ausrüstung und eine gewisse Vorbereitung der Formation im Frieden unbedingt notwendig; Uniformirung und Bewaffnung wie bei der Landwehr. Wir erhalten eine zu Bewaffnung und Etappenzwecken zweifellos brauchbare Truppe, was bei dem jetzigen Pöle mehr der Landsturmpflichtigen nicht behauptet werden kann. Man blide nach Frankreich und die Opfer, welche dort für die Wehrkraft des Staates gebracht werden. Bei neunjähriger Dienstverpflichtung im aktiven Heere und in seiner Reserve, bei fünfjähriger in der unserer Landwehr entsprechenden Territorial-Armee hat die französische Kriegsmacht noch eine sechs Jahrgänge umfassende Reserve der Territorial-Armee (vom 35. bis 41. Lebensjahre) hinter sich. Sie wird im Bedarfsfalle, und zwar jahrgangsweise aufgerufen, besteht der Hauptsache nach

